

## ANTRAG

### der Fraktionen der SPD und Die Linke

### Energie- und Kraftstoffpreise wirksam begrenzen – Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern entlasten

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest, dass:

1. die militärischen Auseinandersetzungen in der Golfregion die Preisentwicklung bei Kraftstoffen auch in Mecklenburg-Vorpommern erheblich verschärft haben;
2. die stark gestiegenen Preise für Benzin und Diesel private Haushalte, Unternehmen, die Sozialwirtschaft, die Kommunen und das Land spürbar belasten;
3. die aktuell auf den Öl- und Kraftstoffpreis bezogene Entwicklung weitere ernste Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Rohstoffen für andere Bereiche von Industrie und Wirtschaft haben kann;
4. insbesondere das Transportgewerbe und die Landwirtschaft von den Preissteigerungen betroffen sind, während sie zentrale Funktionen für Versorgung und Daseinsvorsorge erfüllen;
5. die vom Bund angekündigten Maßnahmen wichtige erste Schritte darstellen, jedoch nicht ausreichen, um die Belastungen kurzfristig wirksam zu begrenzen;
6. in der aktuellen Lage eine enge und strukturierte Abstimmung zwischen Bund und Ländern erforderlich ist.

II. Der Landtag begrüßt die gemeinsame Positionierung der Landesregierung sowie von Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaftskammern, der Vereinigung der Unternehmerverbände, der Gewerkschaften, von Vereinigungen des Transportgewerbes, des Bauernverbands, des Landkreistages, des Städte- und Gemeindetages sowie weiterer Akteure vom 14. April 2026.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung weiterhin dafür einzusetzen, dass

1. die steuerliche Entlastung bei Benzin und Diesel schnell und vollständig an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben wird und nicht auf die Dauer von zwei Monaten begrenzt, sondern an die Beilegung der Krise in der Golfregion und damit verknüpft an die Normalisierung der Rohöl- und Energiepreise geknüpft wird;
2. ergänzende Maßnahmen ergriffen werden, damit die Kraftstoffpreise zeitnah und dauerhaft auf ein für Haushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen tragbares Niveau sinken;
3. außergewöhnliche krisenbedingte Zusatzgewinne im Bereich der Mineralölwirtschaft zur Finanzierung von Entlastungen herangezogen werden;
4. ungerechtfertigte Preisanstiege mit wirksamen markt- und kartellrechtlichen Instrumenten unterbunden werden;
5. es in der aktuellen Situation nicht zu einer weiteren Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung kommt;
6. kleine und mittlere Einkommen gezielt und zeitnah steuerlich entlastet werden, wie durch die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß von 0,1 Cent/kWh für Privatpersonen und 0,05 Cent/kWh für Unternehmen;
7. für Verkehrs- und Logistikunternehmen geprüft wird, wie Mehrfachbelastungen aus hohen Kraftstoffkosten und Maut vorübergehend reduziert werden können;
8. zusätzliche bürokratische Belastungen der Wirtschaft, insbesondere Dokumentations- und Berichtspflichten, vorübergehend ausgesetzt oder nicht ausgeweitet werden;
9. die Versorgungssicherheit sowie die Widerstandsfähigkeit von Energieversorgung, Logistik und kritischen Infrastrukturen gestärkt werden;
10. bestehende soziale Entlastungsmaßnahmen im Land verlässlich fortgeführt werden; hierzu zählen insbesondere das ermäßigte Deutschlandticket für Seniorinnen und Senioren sowie Auszubildende sowie die Beitragsfreiheit in der Kindertagesförderung, die gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten eine erhebliche Entlastung für viele Haushalte bewirken;
11. erneuerbare Energieträger und alternative Kraftstoffe, insbesondere Biokraftstoffe, durch verlässliche rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen stärker genutzt werden können.

**Julian Barlen und Fraktion**

**Jeannine Rösler und Fraktion**